

Verbandsgemeinderatssitzung der Verbandsgemeinde Herrstein

am 11. April 2019 um 18:00 Uhr

Tagungsort: Sitzungssaal der Verbandsgemeindeverwaltung Herrstein, Brühlstr. 16

Beginn der Sitzung:

Der Vorsitzende eröffnete um 18:00 Uhr die Verbandsgemeinderatssitzung.

Beschlussfähigkeit:

§ 39 GemO

- Er überzeugte sich anhand der Anwesenheitsliste, dass mehr als die Hälfte der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder anwesend ist und stellte öffentlich fest, dass damit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Gesetzliche Zahl der Ratsmitglieder = 33 (Ratsmitglieder + Bürgermeister)

Anwesende Ratsmitglieder = 27 (Ratsmitglieder + Bürgermeister)

- Er stellte fest, dass eine Beschlussfähigkeit nach § 39 GemO nicht gegeben ist, da nicht mehr als die Hälfte der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder anwesend ist und erklärte gleichzeitig, dass er mit der selben Tagesordnung zu einer erneuten Sitzung einladen werde und dass dann Beschlussfähigkeit gegeben sei, wenn mindestens 3 Mitglieder anwesend sind. Er werde bei der Einladung ausdrücklich hierauf hinweisen. Der Vorsitzende schloss die Sitzung um _____ Uhr.

Einberufung:

§ 34 (1) GemO

- Der Verbandsgemeinderat wurde vom Vorsitzenden wegen Bedarfs einberufen.
- Der Verbandsgemeinderat wurde aufgrund des beigefügten Antrages eines Viertels der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder einberufen. § 34 (1) Sätze 4 und 5 GemO

Einladung:

§ 34 (3) GemO

- Er stellte weiterhin fest, dass die Einladung des Verbandsgemeinderates fristgerecht und ordnungsgemäß erfolgt ist. Einladung und Bekanntmachung sind der Niederschrift beigefügt.
- Er stellte fest, dass die Einladung der Sitzung infolge Dringlichkeit kurzfristig erfolgte und stellte den Antrag, die Dringlichkeit festzustellen. (Mehrheit des anwesenden Verbandsgemeinderates).

Beschluss:

Die Dringlichkeit der Sitzung wird mit _____ dafür _____ dagegen _____ Enthaltung

festgestellt

abgelehnt. Der Vorsitzende schloss daraufhin die Sitzung um _____ Uhr.

Tagesordnung:

§ 34 GemO

Der Vorsitzende gab die der Einladung zugrunde liegende Tagesordnung bekannt.

Änderung der Tagesordnung:

§34 (6) GemO

- Anträge auf Änderung der Tagesordnung **wurden nicht** gestellt:
- Anträge auf Änderung der Tagesordnung **wurden wie folgt** gestellt:

Antrag 1: _____

Beschluss: _____ dafür _____ dagegen _____ Enthaltung

- genehmigt (Stimmenmehrheit des anwesenden Verbandsgemeinderates)
- abgelehnt

Antrag 2: _____

Beschluss: _____ dafür _____ dagegen _____ Enthaltung

- genehmigt (Stimmenmehrheit des anwesenden Verbandsgemeinderates)
- abgelehnt

Ergänzung der Tagesordnung:

§ 34 (7) GemO

- Anträge auf Ergänzung des Tagesordnung wegen dringender Angelegenheiten **wurden nicht** gestellt.
- Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung wegen dringender Angelegenheiten **wurden wie folgt** gestellt:

Antrag: _____

Beschluss: _____ dafür _____ dagegen _____ Enthaltung

- genehmigt (Stimmenmehrheit des anwesenden Verbandsgemeinderates)
- abgelehnt

Öffentlichkeit:

§ 35 GemO

- Der Vorsitzende gab bekannt, dass die Sitzung **öffentlich** ist.
- Der Vorsitzende gab bekannt, dass die Sitzung **mit Ausnahme** von Tagesordnungspunkt _____ **öffentlich** ist.
- Der Vorsitzende stellte fest, dass die Sitzung **nicht öffentlich** ist.
- Anträge, weitere Tagesordnungspunkte in die nichtöffentliche Sitzung zu nehmen **wurden nicht** gestellt.
- Anträge, weitere Tagesordnungspunkte in die nichtöffentliche Sitzung zu nehmen **wurden wie folgt** gestellt:

Antrag: _____

Beschluss: _____ dafür _____ dagegen _____ Enthaltung

- genehmigt (2/3 der anwesenden Ratsmitglieder)
- abgelehnt

Der Vorsitzende schloss die Sitzung um 19:45 Uhr.

TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		JA	NEIN	Enthaltung
1	<p>Einwohnerfragestunde</p> <p>Es wurden keine Fragen gestellt.</p>			

TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		JA	NEIN	Enthaltung
2	<p>Vorstellung des Klimaschutzkonzeptes der Nationalparkverbands-gemeinde Herrstein</p> <p>Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte Bürgermeister Uwe Weber die Herren Christian Koch und Michael Schmidt vom Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS).</p> <p>Bürgermeister Weber weist darauf hin, dass die Thematik bereits in mehreren Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses sowie in Ortsbürgermeisterdienstbesprechungen behandelt wurden</p> <p>Anhand der beigefügten PowerPoint-Präsentation erläuterten die Vertreter vom IfaS die Ergebnisse der Ist-Analyse und Potenziale im Klimaschutz.</p> <p>Im Bereich der Stromversorgung werden bereits heute 61 % des Bedarfs in der Nationalparkverbands-gemeinde Herrstein durch erneuerbare Energien gedeckt, der Bundesdurchschnitt liegt lediglich bei 31,5 %. Im Bereich der Wärmeversorgung werden 18 % durch erneuerbare Energien gedeckt. Dies liegt ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt von 13,1 %.</p> <p>Gegenüber dem Jahr 1990 werden durch den Einsatz der erneuerbaren Energien 43.600 t. CO2 eingespart.</p> <p>Bei weiter konsequenten Ausbau der Nutzung von regenerativen Energien könnten rechnerisch bis zum Jahr 2050 171 % des Strombedarfs und 83 % des Wärmebedarfes gedeckt werden. Dies übertrifft die Klimaschutzziele der Bundesregierung deutlich.</p> <p>Mit dem nunmehr vorliegenden Klimaschutzkonzept hat die Nationalparkverbands-gemeinde die Möglichkeit einen Klimaschutzmanager nach Antragstellung einzustellen. Es erfolge eine Förderung mit 65 % der entstehenden Kosten. Außerdem erfolge eine Förderung in Höhe von 20.000 € für Öffentlichkeitsarbeit sowie die Förderung einer investiven Maßnahme in Höhe von 200.000 €.</p> <p>Bürgermeister Uwe Weber ergänzt, dass die Nationalparkverbands-gemeinde Herrstein in Bezug auf Klimaschutz bereits gut aufgestellt ist und man dies auch nach außen tragen sollte. Gerade in Großstädten wo viel Energie verbraucht wird, besteht noch großer Nachholbedarf. Die weitere Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes soll im Haupt- und</p>			

Finanzausschuss sowie im Verbandsgemeinderat beraten werden. Dies soll mit der gebührenden Gründlichkeit erfolgen.

Ratsmitglied Timo Stenzhorn weist auf die fehlende Speichermöglichkeit der erneuerbaren Energien hin.

Ausschussmitglied Reiner Mildenerger zeigt sich angenehm von der bereits vorliegenden Quote der erneuerbaren Energien überrascht.

Abschließend bedankt sich Bürgermeister Uwe Weber bei den Referenten für den kurzweiligen Vortrag.

TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		JA	NEIN	Enthaltung
3	<p>Beratung und Beschlussfassung der 1. Nachtragshaushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan der Nationalparkverbandsgemeinde Herrstein für das Haushaltsjahr 2019</p> <p>Bürgermeister Uwe Weber erläutert, dass der erarbeitete Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan der Nationalparkverbandsgemeinde Herrstein für das Haushaltsjahr 2019 von der Verwaltung den Mitgliedern des Verbandsgemeinderates vorgelegt wurde.</p> <p>Die Fraktionen sowie der Haupt- und Finanzausschuss wurden in mehreren Sitzungen informiert.</p> <p>Fachbereichsgruppenleiter Finanzen Markus Ackermann stellte nochmals kurz die wichtigsten Haushaltsdaten vor. Zur Finanzierung der Hochwasserschäden wird ein Kredit in Höhe von 1,1 Mio. € aufgenommen. Die größte Investition mit 830.000 € ist für den Neu- und Umbau der IGS vorgesehen. Die Verbandsgemeindeumlage kann bei 35 Prozentpunkten belassen werden. Die weiteren Einzelheiten ergeben sich aus dem Vorbericht zum Haushaltsplan (Seiten 11 – 34 der Vorlage).</p> <p>Büroleiter Klaus Görg erläuterte kurz die wesentlichen Änderungen des Stellenplanes, die sich aus den Seiten 35 und 36 des Vorberichtes ergeben.</p> <p>Bürgermeister Uwe Weber ergänzt, dass der Schuldenstand der Verbandsgemeinde Ende 2008 bei 3,9 Mio. € gelegen hat. Nunmehr steige die Verschuldung auf rund 5 Mio. €. Zu beachten ist, dass die Pro-Kopf-Verschuldung der Verbandsgemeinde Herrstein im Vergleich zu anderen Verbandsgemeinden damit immer noch sehr niedrig ist. Beim Stellenplan sei zu bemerken, dass durch die Zusammenarbeit mit der Verbandsgemeinde Rhaunen bereits Personal eingespart worden sei.</p> <p>Bürgermeister Uwe Weber erklärt in Bezug auf die Hochwasserkosten, dass die Dringlichkeitsanträge, die bis zum 30.11. des letzten Jahres gestellt wurden, für das Sportleistungszentrum, die IGS Herrstein-Rhaunen und das Feuerwehrgerätehaus positiv verlaufen sind. Beim Verwaltungsgebäude wurden Raumluft- und Schadstoffuntersuchungen durch einen Bausachverständigen durchgeführt. Im Bereich des Kellers und in einem Büroraum sind noch verschiedene Maßnahmen durchzuführen. Die Ursache für</p>			

bestehende Geruchsbelästigungen im Bereich der Kasse konnte nicht ermittelt werden. Zur Klärung der weiteren Verfahrensweise hat ein Gespräch mit Staatssekretär Randolph Stich im Innenministerium stattgefunden. Das Ministerium hat Unterstützung und Förderung zugesagt. Es müssen jedoch zunächst Bedarfs- und Wirtschaftlichkeitsanalysen vorgelegt werden.

Fraktionsvorsitzender Reimund Steitz erklärt, dass sich die SPD-Fraktion mit dem Haushaltsentwurf beschäftigt habe und mehrheitlich zustimmen werde. Wichtig für die Ortsgemeinden sei, dass die Verbandsgemeindeumlage bei 35 Prozentpunkten belassen werden konnte. Etwas Sorge bereiten die anstehenden Investitionen der Verbandsgemeinde Rhaunen, die künftig gestemmt werden müssten.

Ratsmitglied Stephan Dreher erklärt für die CDU-Fraktion, dass diese dem Haushalt einstimmig zustimmen werde. Irritationen in Bezug auf die Fusionsmanagerin konnten von der Verwaltung ausgeräumt werden. Die CDU-Fraktion werde auch künftig keine Umlageerhöhungen mittragen. Der Haushalt enthalte 120.000 € fusionsbedingte Kosten. Hier werden künftig entsprechende Synergieeffekte erwartet. Im Bereich Tourismus müsse mehr Power im Marketing erfolgen.

Stephan Dreher erklärt, dass die CDU keinen Kandidaten zur Bürgermeisterwahl stelle. Im Hinblick auf die anstehende Fusion ergänzt er, dass in einem fahrenden Zug der Lokführer nicht ausgetauscht werden sollte. Die CDU toleriere daher Uwe Weber als Bürgermeister. Dies gelte allerdings nur für diese Wahl. Ergänzend stellt er fest, dass von seinem Programm der letzten Bürgermeisterwahlen 6 von 7 Punkten umgesetzt worden seien. Stephan Dreher bedankt sich bei Dieter Albert für seine langjährige Tätigkeit als Fraktionsvorsitzender.

Abschließend weist er noch auf die von der CDU-Fraktion eingebrachte Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge hin.

Ratsmitglied Karin Feulner nahm wie folgt Stellung (wörtliche Wiedergabe laut schriftlichem Manuskript):

„Sehr geehrter Herr Verbandsbürgermeister, sehr geehrte Beigeordnete, sehr geehrte Damen und Herren,

dies wird meine letzte Haushaltsrede im Rat der Verbandsgemeinde Herrstein sein. Fünf Jahre lang habe ich für DIE LINKE in diesem Gremium gesessen.

Der Etat 2019 wird auf absehbare Zeit der letzte Haushalt sein, der durch ein Ratsmitglied meiner Partei hier kommentiert werden kann. DIE LINKE tritt bekanntlich zur Kommunalwahl im Mai nicht mehr an, durch das Landesgesetz zur Fusion bin ich aber noch bis 31.12.2019 Ratsmitglied.

Nun mögen es einige hier bedauernd oder erleichtert zur Kenntnis nehmen, dass es im neu zu wählenden Verbandsgemeinderat Herrstein-Rhaunen keine LINKE geben wird. (Wobei ich hoffe, dass sich für die Kommunalwahl danach wieder eine Liste der Partei DIE LINKE formieren wird). In einer Sache ist sich aber - und da bin ich mir sicher - der hier versammelte Rat einig: Schön, dass die AfD nicht hier einziehen wird! Gut, dass es auch in der neuen Legislaturperiode nicht möglich ist, hier in diesen Rat populistische, rechtsextreme Stimmung hineinzutragen!

Aber nun lassen Sie mich einiges zum Haushalt 2019 sagen:

Große Ereignisse haben die Verwaltung über Gebühr belastet: Die Hochwasser-Katastrophe im vergangenen Jahr, die Vorbereitungen der Fusion mit der Verbandsgemeinde Rhaunen. Dies alles war von Ihnen über das normale Alltagsgeschäft hinaus zu bewältigen, dafür meinen ganz besonderen Dank.

Generell ist mein Resümee, betrachte ich das Geschehen in den angrenzenden Gebietskörperschaften, ein sehr positives: Im Prinzip ist hier die Welt noch ganz in Ordnung. Die finanzielle Situation in der Verbandsgemeinde ist nicht ganz so schlecht, wie dies in anderen Kommunen und Verbänden in der näheren Umgebung der Fall ist.

Letztlich konnte für die Menschen vor Ort einiges an Positivem auf den Weg gebracht werden, ich denke hier an die Projekte Gemeindegemeinschaft / Sozialstation, die sich abzeichnende Seniorenwohnanlage in der Verbandsgemeinde, die IGS und anderes mehr. Auch das erste Wasser aus der Primstalsperre fließt mittlerweile in unsere Haushalte und die Sanierung der Steinbachtalsperre rückt näher.

All das ist ganz sicher mit dem Engagement dieses Rates hier verbunden.

Mit dem Nationalpark Hunsrück-Hochwald bietet sich die Chance, dass sich nachhaltige Entwicklung, verbunden mit sanftem Tourismus durchsetzt. Dies wird aber - und da muss ich nochmals darauf hinweisen - nicht gelingen, wenn der militärische Fluglärm nicht deutlich zurückgefahren wird. Der militärische Übungs-Luftkorridor mit stundenlang kreisenden Militärmaschinen verhindert, dass Menschen mit Ruhebedürfnis hier im Nationalparklandkreis Erholung finden. Hier sind alle in der Pflicht, sich an die Verantwortlichen zu wenden und eine Verbesserung zu erzielen.

Sanfter Tourismus und eine älter werdende Zivilgesellschaft sind auf einen funktionierenden ÖPNV angewiesen. Erfreulich, dass sich hier bald etwas tun wird und die angedachten Angebotsausweitungen bedeuten für diese Region einen Quantensprung nach vorn.

Dennoch muss man daran arbeiten, dass ein breiteres Angebot auch angenommen, ausprobiert und die Fahrscheine finanzierbar sind. Sonst wird eine Riesenchance vertan. Da ist ein langer Atem und viel Öffentlichkeitsarbeit notwendig.

Wichtig ist es auch, dass die Wasserpreise in unserer Region bezahlbar bleiben. Es kann nicht sein, dass man sich im Kreis Birkenfeld mehrere Wasserwerke leistet und wir in der Verbandsgemeinde Herrstein das teuerste Wasser in ganz Rheinland-Pfalz bezahlen müssen. Hier ist auch das Land gefordert, neue strukturelle Einheiten zu schaffen, um den Wasserpreis auch in dünner besiedelten und topografisch schwierigeren Landstrichen bezahlbar zu halten. Auch wenn die Qualität des Wassers - wie Herr Bürgermeister Weber oft betont - ganz besonders gut sein soll.

Meine Damen und Herren,
auch wenn der VG-Haushalt noch keine Schräglage ausweist, insgesamt leiden die Kommunen und die übrigen unteren Gebietskörperschaften in der Republik an einem großen Ungleichgewicht.

Die Schere zwischen arm und reich geht weiter auseinander, viele Menschen sind in prekären Beschäftigungen, der Staat bekommt nicht den Anteil an Steuern, den er eigentlich braucht, um die Zukunftsaufgaben zu stemmen.

Der heutige Spitzensteuersatz ist viel zu niedrig, die Kapitalgesellschaften zahlen in Prozent weniger Steuern als ein Normalsterblicher. Dies ist sehr ungut. Die Vermögenswerte in der Gesellschaft sind sehr ungleich verteilt. Dies birgt sozialen Sprengstoff.

Daher nochmals an dieser Stelle mein Aufruf an die Vertreterinnen und Vertreter der etablierten Parteien im Verbandsgemeinderat:

Setzen Sie sich in Berlin und auch in Mainz ein für eine gerechte Steuerpolitik in der Bundesrepublik!

Machen Sie Ihren politischen Vertreterinnen und Vertretern deutlich, dass sich derzeit die Kommunen kaputtsparen, dass das Wohl der Bevölkerung nicht mehr in ausreichendem Maße geachtet werden kann, dass notwendige Investitionen nicht mehr getätigt werden können!

Die unteren Ebenen der Selbstverwaltung werden - gerade im strukturschwachen Raum - überwiegend alleine gelassen und die Aktivitäten beschränken sich mangels Masse meist auf Verwalten statt Gestalten.

Positiv, dass es gelungen ist, per Cluster - Beteiligung am Programm des Kreises teilzunehmen, um die weißen Flecken in

<p>puncto Internetversorgung zu beseitigen und damit allen Bürgerinnen und Bürgern und allen Firmen ein schnelles Internet zur Verfügung zu stellen. Diese Datenautobahn ist in der heutigen Zeit Standortkriterium für Unternehmen und Menschen, die entscheiden, ob sie hier leben und / oder arbeiten wollen.</p> <p>Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss meiner Rede noch ein kurzes persönliches Resümee ziehen:</p> <p>Die Arbeit in diesem Gremium war anfangs für mich nicht leicht. Trotzdem habe ich das Engagement jeder Einzelnen, jedes Einzelnen hier als sehr positiv erlebt - bei allen Kontroversen gab es immer auch ein Einander-Zuhören und Wertschätzung. Natürlich konnte ich als Einzelkämpferin relativ wenig Einfluss nehmen, trotzdem habe ich es versucht mit Anfragen, Anfragen, Vorschlägen und Wortbeiträgen.</p> <p>Meinem Antrag zum Thema TTIP/Ceta haben Sie mehrheitlich zugestimmt, dass mit den Protokollen hat irgendwann funktioniert und rausgeschickt wurde ich auch nicht mehr...</p> <p>Beim Thema „Fluglärm“ wäre ich auch in einer neuen Legislaturperiode nicht leiser geworden, Anträge und Beiträge wie in der Vergangenheit z.B. Radwegenetz, Krötenwanderung, Truppenübungsplatz, Wassergall und Wasserpreis sowie zur konzeptionslosen Verspargelung der Landschaft mit Windrädern hätte ich weiterverfolgt.</p> <p>Da es aber generell in unserer Verbandsgemeinde viele gute Ansätze gibt, auch mal über den Tellerrand hinausgeschaut wird und der Wille erkennbar ist, positiv die Region nach vorne zu bringen, stimme ich dieses Mal dem vorliegenden Haushaltsentwurf zu.“</p> <p>Bürgermeister Uwe Weber bedankte sich auch im Namen der Verwaltung für die positiven Redebeiträge. In Bezug auf den Wasserpreis könne sich bedingt durch die Fusion sowie größere Wasserlieferungen des Wasserzweckverbandes an die Verbandsgemeinde Baumholder der Wasserpreis durchaus reduzieren.</p> <p>Beschluss:</p> <p>Der Verbandsgemeinderat beschließt die 1. Nachtragshaushaltsatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019 in der vorliegenden Fassung.</p> <p>Abstimmung:</p>	27	0	0
--	----	---	---

TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		JA	NEIN	Enthaltung
4	<p>Clusterbildung „Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetz im Landkreis Birkenfeld“</p> <p style="text-align: center;">Sachverhalt</p> <p>Fachbereichsleiter Stefan Schupp trägt vor, dass der Verbandsgemeinderat am 23.06.2016 unter Tagesordnungspunkt 3 folgenden Beschluss einstimmig gefasst hatte:</p> <p><i>Der Verbandsgemeinderat beschließt die Teilnahme an dem Cluster „Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetz im Landkreis Birkenfeld“ verbunden mit der Übertragung der Aufgaben an den Landkreis Birkenfeld.</i></p> <p><i>Zur tatsächlichen Durchführung des Projektes muss auf Basis der dann ermittelten Kosten und unter Annahme einer Förderquote sowie den daraus für die Verbandsgemeinde bzw. die teilnehmenden Ortsgemeinden entstehenden Eigenanteilen erneut beschlossen werden.</i></p> <p>Formal war eine Übertragung der Aufgabe zur Versorgung der Ortsgemeinde mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen an die Verbandsgemeinde notwendig, was auch geschehen ist. Die Verbandsgemeinde Herrstein musste wiederum diese Aufgabe an den Landkreis Birkenfeld übertragen.</p> <p>Im letzten Jahr wurde die Maßnahme vom Landkreis Birkenfeld ausgeschrieben und als günstigste Bieterin erhielt die Firma inexo den Zuschlag. Die Firma inexo hat sich verpflichtet, Glasfaserkabel bis ans Gebäude (sofern die Eigentümer zustimmen) zu verlegen. Die Gesamtförderquote beträgt 90%.</p> <p>Nach Abzug der Förderung verbleiben für die teilnehmenden 18 Ortsgemeinden aus der Nationalparkverbandsgemeinde Herrstein die auf der folgenden Seite aufgeführten Kosten. Pro Hausanschluss ergab sich ein Kostenanteil von 311,60 €. Abgesehen von den Ortsgemeinden Bruchweiler, Langweiler und</p>			

Wirschweiler, bei denen die komplette Ortslage ausgebaut wird, sind bei den anderen teilnehmenden Ortsgemeinden lediglich sogenannte „Versorgungslücken“ zu schließen.

Bis zur und ggfls. auch noch während der Baumaßnahme können notwendig werdende Änderungen (Hinzunahme oder Herausnahme von Hausanschlüssen) berücksichtigt werden.

Allenbach	4.673,97 €
Bergen	4.985,57 €
Breitenthal	4.673,97 €
Bruchweiler	77.899,46 €
Dickesbach	311,60 €
Herrstein	311,60 €
Hintertiefenbach	623,20 €
Kempfeld	16.203,09 €
Langweiler	38.014,94 €
Mittelreidenbach	6.543,56 €
Mörschied	4.050,77 €
Oberreidenbach	3.115,98 €
Schmidthachenbach	623,20 €
Sensweiler	2.181,19 €
Sienhachenbach	1.246,39 €
Vollmersbach	3.427,58 €
Wickenrodt	2.804,38 €
Wirschweiler	55.776,02 €
	227.466,44 €

In seiner Sitzung am 11.02.2019 hat der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig beschlossen, dem Verbandsgemeinderat eine Kostenübernahmeerklärung für die Anschlüsse in den Ortsgemeinden zur Teilnahme an dem Cluster „Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetz im Landkreis Birkenfeld“, verbunden mit der Zusage gegenüber dem Landkreis Birkenfeld zur Vorlage der in den Ortsgemeinden entstehenden Kosten gegenüber dem Landkreis Birkenfeld, zu empfehlen.

Nach Abschluss des Projektes soll auf Basis der durch den Landkreis Birkenfeld angeforderten Kosten die Aufteilung und Anforderung von den Ortsgemeinden erfolgen.

Von den beteiligten Gemeinden wurde bereits beschlossen, diese Kosten der Verbandsgemeinde zu erstatten.

Beschluss:

<p>Der Verbandsgemeinderat beschließt die vorläufige Übernahme der Kosten für die Glasfaseranschlüsse in den Ortsgemeinden zur Teilnahme an dem Cluster „Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetz im Landkreis Birkenfeld“ verbunden mit der Zusage gegenüber dem Landkreis Birkenfeld zur Kostenübernahme.</p> <p>Nach Abschluss des Projektes erfolgt auf Basis der dann in Rechnung gestellten Kosten durch den Landkreis Birkenfeld die Aufteilung und Anforderung unter den Ortsgemeinden. Von den beteiligten Gemeinden wurde bereits beschlossen, diese Kosten der Verbandsgemeinde zu erstatten.</p> <p>Abstimmung:</p>	27	0	0
--	----	---	---

TOP	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	Abstimmungsergebnis		
		JA	NEIN	Enthaltung
5	<p>Anfragen und Mitteilungen</p> <p>Anfragen Es lagen keine Anfragen vor.</p> <p>Wahlen Büroleiter Klaus Görg erläutert, dass zur Wahl des Verbandsgemeinderates folgende Wahlvorschläge zugelassen wurden: SPD, CDU, FDP, B90/Die Grünen, LUB, Freie Wähler Pro Hunsrück und PRO Region. Zur Wahl des Bürgermeisters wurde der Wahlvorschlag von Uwe Weber zugelassen. In 26 Ortsgemeinden findet eine Urwahl des Bürgermeisters statt. Lediglich in Breienthal, Mittelreidenbach, Mörschied und Schmidhachenbach treten 2 Kandidaten an. Nur in Mittelreidenbach stellt sich eine Kandidatin zur Wahl.</p> <p>Integrierte Standortentwicklung Büroleiter Klaus Görg bittet nochmals die Fraktionen eine Person für das Lenkungsgremium der Integrierten Standortentwicklung zu benennen.</p> <p>KFZ-Zulassungsstelle Bürgermeister Uwe Weber teilt mit, dass ein Gespräch mit Vertretern des Landkreises und der Stadt Idar-Oberstein stattgefunden habe. Angestrebt wird eine Lösung, bei der der Landkreis Betreiber der Zulassungsstellen in Birkenfeld, Idar-Oberstein und Herrstein sein soll. Die Bürger könnten dann an jedem Standort, unabhängig vom Wohnort, ihre Zulassungsangelegenheiten erledigen. Erforderlich hierfür ist die Änderung einer Landesverordnung über die Zulassungsbezirke. Der Landkreis wird zunächst eine Machbarkeitsstudie erstellen. In Kürze ergeht hierzu eine gemeinsame Presseerklärung von Landkreis, Stadt und Verbandsgemeinde. Ratsmitglied Karin Feulner regt in diesem Zusammenhang an, eine kreisweite Bearbeitung von Pass- und Meldeangelegenheiten ebenfalls anzustreben.</p>			